

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Grötzingen -**

**Niederschrift Nr. 48**

über die öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates**

am **27. Februar 2019** (Beginn 19:00 Uhr; Ende 21.38 Uhr)

im **Saal der Begegnungsstätte, Niddastr. 9**

---

Vorsitzende:	<b>Ortsvorsteherin Karen Eßrich</b>
Zahl der anwesenden Mitglieder:	<b>15</b>
Zahl der Zuhörer:	<b>21</b>
Namen der <b>nicht anwesenden</b> Ortschaftsräte	<b>OSR Fettig (V), OSR Schmidt-Rohr (K), OSR Stutter (K),</b>
Urkundspersonen:	<b>OSR Umstädter, OSR Weingärtner</b>
Schriftführer:	<b>Hauptamtsleiter Jürgen Dehm</b>
Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	<b>Dirk Vogeley, KEK (TOP 2) Mirja Kinnunen, Sozial- und Jugendbehörde (TOP 3) Bauamtsleiter Manfred Müller</b>

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte die Vorsitzende fest, dass zu der Verhandlung durch Ladung vom **18.02.2019** ordnungsgemäß eingeladen wurde.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

481. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
482. Information zu den Angeboten der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH (KEK)
483. Information zu den Kindertagesstätten-Bedarfszahlen und –plätzen im Stadtteil Grötzingen
484. Fahrradgarage am Bahnhof Grötzingen  
(Antrag der GLG-Fraktion)
485. Gefahrenquellen Schulhof  
(Antrag der CDU-Fraktion)
486. Verkehrssituation Neßlerstraße/Staigstraße  
(Antrag der CDU-Fraktion)
487. Bauanträge
488. Mitteilungen und Anfragen

**Zu Punkt 481 der TO:      Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner**

a) Ein Einwohner fragt, warum es den Knielinger Bürgern gelungen ist, so schnell Entlastung von dem Schleichverkehr zu erreichen, der durch die Sperrung der Rheinbrücke entstanden ist.

Die Vorsitzende antwortet, man müsste das Ordnungs- und Bürgeramt oder den zuständigen Dezernenten fragen. Sie geht davon aus, dass die Situation dort anders als in der Karl-Martin-Graff-Straße beurteilt werde.

b) Außerdem fragt derselbe Bürger, ob er zur Aktion der Initiative der Anwohner gegen den Schleichverkehr um 16.30 Uhr in die Karl-Martin-Graff-Straße einladen dürfe.

Dies nimmt OVS EBrich so zur Kenntnis und teilt mit, sie hoffe, dass die Pförtnerampel schnell aufgestellt werde.

c) Ein anderer Einwohner fragt, ab wann Grötzingen aktuell den amtlichen Teil des Grötzinger Mitteilungsblattes übernehmen werde. Er habe dort für die heutige Sitzung nichts gefunden.

Die Ortsvorsteherin sagt, voraussichtlich werde „Grötzingen aktuell“ ab 01.03.2019 das offizielle Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung sein. Wegen Krankheit eines Mitarbeiters sei es im Vorfeld der Sitzung nicht gelungen, Veröffentlichungen im üblichen Standard vorzunehmen.

Sie hoffe, das künftig anders organisieren zu können.

**Zu Punkt 482 der TO:      Information zu den Angeboten der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH (KEK)**

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Dirk Vogeley, Geschäftsführer der Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH (KEK). Er führt aus, er habe noch Frau Yasmin Yekini und Herrn Bernd Gewiese mitgebracht, die im Publikumsbereich Platz genommen haben.

Die KEK, vor 10 Jahren mit ursprünglich fünf Mitarbeitenden gegründet, bearbeite mit einem 19-köpfigen Team viele Projekte aus den Bereichen Energieeffizienz und Klimaschutz. Heute finanziere sich die Einrichtung zu 2/3 selbst. Gesellschafter seien die Stadt und die Stadtwerke Karlsruhe, die die Grundfinanzierung tragen.

Die Agentur sei tätig in der Bürgerberatung, führe bei einzelnen Personengruppen einen Stromsparcheck durch und biete im Handels- und Dienstleistungsbereich einen Energiecheck an. Auch in der Stadtverwaltung selbst sei Energieeffizienz und Klimaschutz ein wichtiges Thema.

Außerdem wolle man die Bewusstseinsbildung stärken und zu Maßnahmen, die den Klimaschutz voranbringen, informieren. Die Initiative des Ortschaftsrates Grötzingen sei in Karlsruhe einzigartig.

Herr Vogeley führt aus, die Entwicklung der letzten Jahre sei hinsichtlich der Klimaveränderung beunruhigend. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Karlsruhe seien seit 2007 zwar um ca. 23 % gefallen, aber seit 2009 trete man in der Entwicklung des Klimaschutzes trotz vieler Maßnahmen auf der Stelle. Im Verkehrsbereich seien viele der Effizienzgewinne aus den Bereichen Private Haushalte und Gewerbe mehr als ausgeglichen worden. Derzeit werde an einem Klimaschutzkonzept 2030 gearbeitet. 2050 soll die Stadt Karlsruhe klimaneutral sein. In der Verwaltung strebe man das bereits für 2040 an. Im Baubereich seien dazu Maßnahmen mit einem Faktor fünf bis zehn notwendig. Daher bedürfe es für die Zielerreichung neuer Maßnahmen und Initiativen.

Hinsichtlich des Klimaschutzes, so Herr Vogeley weiter, sei in Privathaushalten die Wärme das Problem, nicht der Strom.

Konkret stellt Herr Vogeley das Instrument der Quartierskonzepte vor. Es handelt sich dabei um die Fokussierung einer energetischen Verbesserung auf kleinräumige Strukturen.

Dabei werde der Wärmebedarf anhand Alter und Größe von Häusern untersucht und der mutmaßliche und tatsächliche Wärmebedarf verglichen. Als Ergebnis erhalte man eine präzise Karte hinsichtlich des Wärmebedarfs und könne konkrete Vorschläge zur Energieeinsparung, z. B. zur Hausfassadendämmung, machen. Man könne auch Rückschlüsse zur Sanierungsbereitschaft ziehen, so dass auch Aussagen zur Energieerzeugung, z. B. regenerative Energiegewinnung, gemacht werden könnten. Wichtig sei der Ausbau erneuerbarer Energien. Nach etwa einem Jahr wolle man ein Konzept für konkrete Maßnahmen vorlegen.

Das große Ziel sei ein klimaneutrales Karlsruhe. Grötzingen könnte dafür der Mikrokosmos für Karlsruhe sein. Noch keine Stadt habe konkrete Maßnahmenkataloge in Form eines „Fahrplans 2050“ entwickelt, in Baden-Württemberg gebe es aber viele Quartierskonzepte.

Der Nutzen eines Quartierskonzepts für Grötzingen habe drei Aspekte:

- durch individuelle energetische Beratungen und Maßnahmen soll ein behagliches Wohnen ermöglicht werden
- das Leben in Gemeinschaft werde über Bürgergespräche verbessert
- die Chancen künftiger Generationen steigen durch ein klimaneutrales Grötzingen

In Karlsruhe seien mittlerweile vier Quartierskonzepte erstellt worden, am weitesten sei Wettersbach.

Die gesamte Projektkoordination könnte über die KEK erfolgen. Neben der einjährigen Konzepterstellung würde das auch eine Begleitung der Umsetzung über drei Jahre bis maximal fünf Jahr umfassen. Der geschätzte Aufwand würde dabei inklusive Sachkosten etwa 190.000 Euro betragen. Davon könnten 65 Prozent durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau – KfW - (Programm 432) gefördert werden; die Stadt Karlsruhe müsste 35 Prozent selbst tragen.

Als nächste Schritte müsste gegenüber der KfW definiert werden, welche Dienststelle Auftraggeber sein soll. Das könnten die Ortsverwaltung Grötzingen, das Stadtplanungsamt oder das Umweltamt sein. Diese Dienststelle müsste dann mit der KEK als Auftragnehmer einen Vertrag abschließen, der den Zeitplan, Kosten und Besonderheiten sowie eine klare Zielformulierung für den Konzeptrahmen beinhaltet.

Herr Vogeley erklärt abschließend, dass energetische Verbesserungen bei Bauten ab den 1980-er Jahren keinen Sinn machten, stellt aber heraus, dass 70 bis 80 Prozent der Bestandsbauten älter seien.

OVS EBrich äußert, in der Angelegenheit käme auf die Ortsverwaltung etwas Arbeit zu. Sie möchte mit dem Stadtplanungsamt und Umweltamt Kontakt aufnehmen, ob dort schon Haushaltsmittel in 2019/2020 zur Verfügung stünden.

OSR Jäger dankt für die Ausführungen und bittet um Erläuterung des Begriffes „klimaneutral“. Außerdem interessiert sie, inwieweit Maßnahmen zum Wärmebedarf quantifizierbar seien.

Herr Vogeley erläutert, klimaneutral sei man dann, wenn bei den Treibhausgasen man bei netto Null liege. Da manche Lebensbereiche wie die Landwirtschaft immer mit CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden seien, könnte die Emissionen nicht komplett auf Null gesenkt werden, so dass Ausgleichsmaßnahmen erforderlich seien. Durch ein Quartierskonzept bekomme man Daten zum Energieträgereinsatz. Beispielsweise könne man mit Erdgas nicht klimaneutral sein, obwohl es ein besseres Image als Heizöl habe, aber die Emissionen fast so hoch wie bei Heizöl lägen. Damit müsste ein Energieträgeraustausch erfolgen.

Zur zweiten Frage von Frau Jäger erklärt Herr Vogeley, der aktuelle Wärmebedarf könne durch den Energieträgereinsatz und ggf. durch die Erzeugung über Photovoltaik ermittelt werden.

OSR Hauswirth-Metzger sagt, die GLG-Fraktion stehe hinter einem Quartierskonzept. Sie fragt, ob es auch Fördermöglichkeiten für Einzelmaßnahmen gebe und wie das funktioniere. Grötzingen wolle nicht nur den Klimaschutz, sondern darüber hinaus auch eine neue Ortsmitte bekommen und habe ein Stadtteilkulturkonzept entwickelt. Sie fragt, wie das Sanierungsgebiet und das Quartierskonzept unter einen Hut zu bekommen seien.

Herr Vogeley antwortet, was Einzelmaßnahmen anbelangt, sei die Fördermöglichkeit mit einem bestehenden Quartierskonzept verknüpft. Er habe eine Mitarbeiterin, die Mieter und Nichteigentümer unterstütze. Er sei mit der L-Bank im Gespräch, ob diese Mitarbeiterin auch für Grötzingen eingesetzt werden dürfte, nachdem die KEK mit der Dienststelle im Gespräch und ein Konzept vorgesehen sei. Das Zusammenspiel Ortsmitte/Kulturkonzept/Sanierungsgebiet würde parallel und abgestimmt für das Quartierskonzept laufen.

OSR Siegrist bemerkt, die SPD-Fraktion sei stark an einem Quartierskonzept interessiert. Die Hilfestellung der KEK wäre seines Erachtens in Grötzingen sehr notwendig, um die Bürger zu erreichen.

OSR Schuhmacher führt aus, in Grötzingen gebe es verschiedene städtische Wohnungen und Einrichtungen. Er fragt, ob der Anreger des Konzeptes, also die Stadt, nicht mit gutem Beispiel vorangehen müsste, um das Konzept dem Bürger nahezubringen. Fernwärme, so OSR Schuhmacher weiter, sei in Grötzingen nicht das große Thema. Hier sollten eher Blockheizkraftwerke in den Fokus genommen werden. Dazu möchte er wissen, ob die KEK den Sachverhalt nur anrege oder auch weiter begleite.

Herr Vogeley antwortet, wenn es der Stadt nicht gelinge, für städtische Gebäude Verbesserungen umzusetzen, werde der Bürger nicht erreicht. Daher sei ein Konzept für städtische Gebäude sehr wichtig. Die Federführung habe in diesem Fall das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft.

Hinsichtlich Blockheizkraftwerken, so Herr Vogeley, gebe es interessante Fördermöglichkeiten. Die KEK wolle innovative, außergewöhnliche Lösungen, die schon jetzt Weichen in die richtige Richtung stellten.

Herr Müller erklärt, das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft sei schon dabei, solche Maßnahmen umzusetzen. So wurde in der Schule das Dachgeschoss gedämmt, in der Emil-Arheit-Halle die Beleuchtung auf LED umgestellt und ein Blockheizkraftwerk in der Schule installiert.

OVS EBrich äußert, auch ältere städtische Häuser sollten gedämmt werden.

OSR Siegele sagt, die Häuser seien zum größten Teil in Privatbesitz. Er fragt, wieviel Prozent der Eigentümer mitmachen müssten, um signifikant Richtung Klimaschutz voranzukommen.

Herr Vogeley informiert, dass pro Jahr zwei bis drei Prozent der Gebäude voll - also Dach, Fassade, Heizung und Fenster - saniert werden müssten. Die Sanierung müsste 80 % der Gebäude umfassen. Bei der jetzigen Geschwindigkeit würde die Umsetzung 85 Jahre dauern, so dass hier noch viel geschehen müsste.

OSR Irscher dankt für den interessanten Vortrag. Im Ergebnis bedeute dies, dass im Mietbereich die Nebenkosten sinken würden. Hier müsse man schauen, dass nicht die Kaltmieten entsprechend stiegen. Man müsse den Blick der Menschen in ein vernünftiges Verhältnis bringen, damit günstiger Wohnraum erhalten bleibe. Herr Vogeley bemerkt, die Einsparung der Mieter betrage bei den Nebenkosten etwa 30 Prozent. Deren Gesamtbelastung sollte nicht steigen, die Miethöhe insgesamt neutral bleiben.

OSR Fischer sagt, er habe drei Wohnungen vermietet und führe schon seit 15 Jahren Dämmungsmaßnahmen durch. Er möchte wissen, ob er als Vermieter sich eher für den Tausch des Energieträgers oder für Dämmungsmaßnahmen entscheiden sollte. Herr Vogeley verweist diesbezüglich an sein Team von Energieberatern, die für einen Betrag von 30 Euro eine neutrale Erstberatung durchführen.

## **Zu Punkt 483 der TO: Information zu den Kindertagesstätten-Bedarfszahlen und -plätzen im Stadtteil Grötzingen**

Auf Grötzingener Gemarkung liegen fünf Kindertageseinrichtungen, die insgesamt über eine Kapazität von 345 Plätzen verfügen, wovon 107 Plätze auf Kinder unter drei Jahren entfallen und 238 Plätze auf Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt.

Während das Stadtviertel Nördlich der Pfinz eine geringfügige Überversorgung aufweist, ist im Stadtviertel Südlich der Pfinz eine Unterversorgung festzustellen. Daher wird die Planung eines Kita-Neubaus im Ringelberghohl weiter verfolgt.

### **Aktueller Sachstand der Kindertagesbetreuung in Grötzingen**

In den vergangenen Jahren waren dem Stadtteil Grötzingen seitens der Jugendhilfeplanung vier Kindertageseinrichtungen zugeordnet worden, wovon drei auf das Stadtviertel Nördlich der Pfinz und eine auf das Stadtviertel Südlich der Pfinz entfielen. Dem Ortschaftsrat war aufgefallen, dass auch die Kindertageseinrichtung „Karibu Kids“ in der Greschbachstraße 32a auf Grötzingener Gemarkung liegt, welche bislang dem Stadtteil Hagsfeld zugeordnet worden war.

Somit liegen fünf Kindertageseinrichtungen auf Grötzingener Gemarkung, was eine Neuberechnung der Bedarfszahlen erforderlich macht. In unten stehende Übersichtstabellen ist die Kindertageseinrichtung im Industriegebiet nunmehr mit einbezogen.

### **Vorhandene Kapazität nach Fehlbedarf nach Stadtteil und Stadtviertel in Grötzingen**

<b>Kinder 3 Jahre bis Schuleintritt</b>							
<b>Stadtteil/Stadtviertel</b>	<b>Bedarfsanhalt: 100 %</b>			<b>Kapazität: 3 Jahre bis Schul- eintritt*</b>	<b>rechnerischer Fehl- bedarf/ Überhang</b>		
<b>Träger und Anschrift</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2019</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>20 Grötzingen</b>							
<b>201</b> Ev.,Fröbelstr. 7	170	183	170	68	<b>+12</b>	<b>+1</b>	<b>+12</b>
Ev., Am Kegelsgrund 32				32			
Stadt, Obere Setz 1 a				62			
PME, Greschbachstraße 32a				20			
<b>202</b> Kath., Am Grollenberg 6	85	80	75	56	<b>-29</b>	<b>-24</b>	<b>-19</b>
<b>Grötzingen insgesamt</b>	<b>255</b>	<b>262</b>	<b>245</b>	<b>238</b>	<b>-17</b>	<b>-23</b>	<b>-7</b>

\*Stand: Februar 2019

<b>Kinder 0-3 Jahre Mindestbedarf 46 % (stadtteilbezogen)</b>							
<b>Stadtteil/Stadtviertel</b>	<b>Bedarfsanhalt: 46 %</b>			<b>Kapazität: 2 Monate bis 3 Jahre</b>	<b>rechnerischer Fehl- bedarf/ Überhang</b>		
<b>Träger und Anschrift</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>	<b>2019</b>	<b>2019</b>	<b>2020</b>	<b>2021</b>
<b>20 Grötzingen</b>							
<b>201</b> Ev.,Fröbelstr. 7	69	69	69	18	<b>+14</b>	<b>+14</b>	<b>+14</b>
Ev., Am Kegelsgrund 32				16			
Stadt, Obere Setz 1 a				19			
PME, Greschbachstraße 32a				30			
<b>202</b> Kath., Am Grollenberg 6	30	30	30	24	<b>-6</b>	<b>-6</b>	<b>-6</b>
<b>Grötzingen insgesamt</b>	<b>99</b>	<b>99</b>	<b>99</b>	<b>107</b>	<b>+8</b>	<b>-+8</b>	<b>+8</b>

\*Stand: Februar 2019

Die erste oben stehende Tabelle verdeutlicht, dass im Stadtviertel Nördlich der Pfinz ein leichter rechnerischer Überhang an Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt vorhanden ist. Im Stadtviertel Südlich der Pfinz ist hingegen eine Unterversorgung mit Betreuungsplätzen zu konstatieren, welche für Grötzingen insgesamt zu einem Fehlbedarf von -17 Plätzen im Jahr 2019 und von -24 Plätzen führt.

Der zweiten Tabelle ist zu entnehmen, dass im Stadtviertel Nördlich der Pfinz ein rechnerischer Überhang an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren besteht, wohingegen im Stadtviertel Südlich der Pfinz eine geringfügige Unterversorgung festzustellen ist. Insgesamt ist in Grötzingen ein leichter rechnerischer Überhang an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren vorhanden.

Bei den Neuberechnungen der Grötzingener Kita-Bedarfszahlen unter Einbezug der Platzkapazitäten der Kita in der Greschbachstraße ist zu beachten, dass deren Einzugsgebiet sich über das gesamte Stadtgebiet erstreckt. Dies bedeutet, dass die Einrichtung nur bedingt zur Deckung des Betreuungsbedarfs von Grötzingener Kindern herangezogen werden kann.

### **Planung neuer Kita-Projekte**

Im Stadtviertel Südlich der Pfinz, wo nach wie vor eine Unterversorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter besteht, ist auf einem städtischen Grundstück im Ringelberghohl der Neubau einer viergruppigen Kindertageseinrichtung geplant mit einer Kapazität von 45-60 Plätzen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt.

Das Kita-Projekt im Vogelsang 2, welches der Träger Mäusezauber GmbH & Co. KG mit vier Gruppen und 60 Plätzen geplant hatte, wurde in der Form nicht vom Bauordnungsamt genehmigt. Eine Baugenehmigung würde nur für maximal 40 Betreuungsplätze erteilt werden. Da die Investitions- und Betriebskosten pro Platz proportional zur Einrichtungsgröße sinken, ist für viele frei gewerbliche Träger eine Einrichtung mit nur 40 Plätzen nicht wirtschaftlich darstellbar. Eine wirtschaftliche Kostenkalkulation ist erst ab einer Platzkapazität von 60 Plätzen zu erzielen.

### **Behandlung im Ortschaftsrat:**

Nach Begrüßung durch die Ortsvorsteherin erläutert Frau Mirja Kinnunen, Sozial- und Jugendbehörde, die Situation in Grötzingen.

OSR Pepper hält einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze der Kindertageseinrichtungen für wichtig. Sie möchte wissen, welcher Zeithorizont bei dem Ausbau der Kindertagesstätte Ringelberghohl gegeben sei. Außerdem interessiert sie, inwieweit differenziert werde, zum Beispiel, bei den Ganztagsplätzen.

OVS EBrich antwortet, für den Doppelhaushaltsplan 2021/22 solle eine haushaltsreife Planung für die Ringelberghohl vorliegen. Es sei ein Architektenwettbewerb für eine viergruppige Einrichtung geplant, die Jurierung solle etwa im August/September dieses Jahres erfolgen.

Frau Kinnunen erläutert, die Bedarfszahlenberechnung bedeute einen Abgleich der Bevölkerungszahlen (sechsmonatiger Abgleich), der Kindertagesstätten- und Kinderzahlen. 2012 habe eine Befragung der Eltern für Kinder unter drei Jahren stattgefunden. Da seither die Versorgungsquote noch nicht erreicht werden konnte, seien die Bedarfszahlen für Kinder in diesem Alter nicht erhöht worden. Die Zahl der Ganztagesplätze sei seit Jahren steigend. In den vergangenen Jahren wurden in Karlsruhe 900 Ganztagsplätze geschaffen. Hierzu werden zusätzliche Essen und Ruheräume benötigt. Trotzdem fehlten noch rund 1000 Plätze.

Grötzingen stehe im Vergleich zur Gesamtstadt mit der Ganztagschule und dem Hort gut da. Für OSR Siegrist belegen die Zahlen, dass Grötzingen alle Kindertagesstättenplätze benötige. Daher seien die Kegelsgrund-Machbarkeitsstudie sowie der Neubau Ringelberghohl notwendig.

Zu den Bedarfszahlen möchte OSR Hauswirth-Metzger wissen, ob die Zahlen nur Grötzingen betreffen und wie es sich verhalte, wenn die Eltern ihre Kinder Richtung Arbeitgeber mitnehmen. Frau Kinnunen sagt, tatsächlich gebe es Wanderungsbewegungen, zum Beispiel wegen des Betreuungskonzeptes. Daher habe sie sich angewöhnt, in größeren Bereichen darüber zu schauen, zum Beispiel den Bereich Südost, also Durlach, Grötzingen und die Bergdörfer.

OSR Weingärtner äußert, ihre Fraktion hoffe auf Umsetzung der Kindertagesstätte Kegelsgrund. Zudem wäre eine haushaltsreife Planung Ringelberghohl dringend notwendig.

OSR Schuhmacher fragt, ob in die Zahlen neue Wohngebiete mit eingingen. Er vermutet auch stadtweite Bewegungen, zum Beispiel wegen der Schule. Vielleicht gebe es auch einen Effekt, dass kleinere Geschwister der bereits untergebrachten Kinder hier ebenfalls unterkommen sollten.

Frau Kinnunen antwortet, es gebe einen Abgleich der Bevölkerungszahlen und der Platzkapazität. Seit Januar könnten mit dem Programm „Kita-Portal“ auch Vormerkdaten entnommen werden. Ein steigendes Platzangebot und die Nachfragedaten könnten jetzt gut aus der Datenquelle entnommen werden. Wanderbewegungen seien aus der Kindertagesstätten-Jahresstatistik ersichtlich.

Seines Erachtens, so OSR Schuhmacher weiter, sei ein Prognosebericht eher wichtiger. Hier sollte mehr Wert auf die Datenerhebung gelegt werden.

Frau Kinnunen sagt, nur 12 Prozent der Einrichtungen stünden unter städtischer Trägerschaft. Fast 90 Prozent, das seien 43 Einrichtungen, seien freie Träger. Die freien Träger seien beim Ausbau sehr engagiert, aber es sei eine gewisse Sättigung zu verzeichnen. Im Übrigen sei es erstaunlich, dass die Sozial- und Jugendbehörde in den vergangenen Jahren trotz Unterversorgung keine Klagen erhalten hat.

OSR Umstädter interessiert, welche Einflussmöglichkeiten die Sozial- und Jugendbehörde beim Stadtplanungsamt habe. Er fragt sich, wie man ein solch großes Gebiet wie den Sportpark Durlach beplanen könne, ohne eine Kindertageseinrichtung vorzusehen. Bei Ganztageseinrichtungen werde seines Erachtens schwarz-weiß gedacht. Wenn jemand zwei Kinder in einer Einrichtung hat und an zwei Tagen jemand habe, der die Kinder eine halbe Stunde betreut, dann reiche die verlängerte Öffnungszeit. Sollte die Familie niemanden haben, dann sei die Ganztagsbetreuung erforderlich.

Frau Kinnunen äußert, es gebe eine Verwaltungsroutine, in der die Sozial- und Jugendbehörde vom Stadtplanungsamt verwaltungsintern angehört werde. Für ein Neubaugebiet auf dem



Sportgelände gebe es noch keinen Bebauungsplan. Sobald einer aufgestellt werde, werde sie selbstverständlich den Bedarf beim Stadtplanungsamt geltend machen.

Hinsichtlich verlängerter Öffnungszeiten und Ganztagesbetreuung führt Frau Kinnunen aus, private Träger hätten eine schwarze Null zu erwirtschaften. Im Ganztagesbereich sei aber auch der größte Bedarf vorhanden. Es gebe auch Mischgruppen mit teilweise verlängerten Öffnungszeiten und Ganztagesbetreuung. Die verlängerte Öffnungszeit dürfe höchstens sieben Stunden betragen. Die Ganztagesbetreuung reiche teilweise bis zu einer Öffnungszeit von 12 Stunden. Bei einer Halbtagestätigkeit reichten die genannten sieben Stunden oft nicht aus. Die Sozial- und Jugendbehörde wolle ein bedarfsgerechtes Angebot machen.

OSR Pepper teilt mit, dass in der Schwanenwiese etwa 50 Wohnungen gebaut werden. Hier würden auch Familien mit Kindern einziehen, so dass dadurch schnell Bedarf für 15 weitere Kinder gegeben sein könne. Sie fragt, wie solche Fälle in die Zahlen einfließen.

OVS EBrich informiert, dass diese Kinder in die neuen Statistikzahlen einfließen werden. Grötzingen erhalte auch viele Anfragen von Eltern aus den umliegenden Gemeinden, die hier arbeiten und ihr Kind unterbringen wollen, aber abgelehnt werden müssen.

ORS Orthey sagt, hinsichtlich der Personalbesetzung sei für die nächsten Jahre ein Strategieplan notwendig. Der Fachkräftemangel, so Frau Kinnunen, sei nach wie vor existent. Die Situation sei trägerabhängig unterschiedlich und auch das Alter der Einrichtungsgebäude spiele eine Rolle. Die Erzieherinnen könnten aufgrund der Situation ihren Arbeitgeber frei wählen. Seit 2012 gebe es auch Auszubildende im Rahmen der „Praxisintegrierten Ausbildung (PIA)“. Diese Auszubildenden wurden bisher im Stellenschlüssel nicht angerechnet, um die Ausbildung zu fördern. Eine Anrechnung zu 0,4 wäre möglich. Die Karlsruher Verwaltungsspitze hätte nun eine Anrechnung haben wollen. Die letzte Jugendhilfeausschusssitzung sei aber mit Demonstranten gespickt gewesen. Daher habe der Gemeinderat die Anrechnung gekippt.

OSR Irmischer spricht davon, dass hier über Mangelwirtschaft diskutiert werde. Aber seines Erachtens werde die Rechnung ohne die Eltern gemacht. Da nicht alles in den Prognose- und Bedarfszahlen enthalten sei, müsste man zu den Zahlen einen Zuschlag von fünf Prozent machen. Die Eltern müssten Auswahlmöglichkeiten haben, zum Beispiel zum künstlerischen Engagement in der Einrichtung. Die städtische Verwaltung versage bei der Ausweisung von Kindertagesstättenplätzen. Leidtragende seien die Bürger, die ihre Kinder nicht dort unterbringen können, wo sie wollen.

Frau Kinnunen bestätigt den Sachverhalt hinsichtlich Mangelwirtschaft. Der Verwaltung aber Generalversagen vorzuwerfen, sei nicht zielführend. Der Gemeinderat habe sehr viel Geld in die Hand genommen. 900 geschaffene Kindertagesstättenplätze seien nicht wenig, aber seit Jahren stiegen auch die Kinderzahlen, was Handlungsbedarf schaffe.

Die Vorsitzende erklärt, sie sei froh, wenn vermehrt Kinder in Grötzingen leben. Ortschaftsrat und Ortsverwaltung sollten an den Projekten Kindertagesstätte Kegelsgrund und Neubau Kindertagesstätte Ringelberghohl dranbleiben, auch um eine Auswahl zu ermöglichen.

### **Zu Punkt 484 der TO:      **Fahrradgarage am Bahnhof Grötzingen** **(Antrag der GLG-Fraktion)****

Die GLG-Fraktion hat geschrieben:

In der Ortschaftsratssitzung vom 14.11.2018 wurde die Kriminalitätsstatistik für unsere Ortschaft vorgestellt. Bei der Mehrzahl der angezeigten Diebstahlsdelikte handelte es sich um Fahrraddiebstähle im Bereich des Bahnhofs Grötzingen.

Die gute Anbindung von Grötzingen an die Stadt Karlsruhe durch die Stadtbahn ist ein großer Pluspunkt und wird sehr gut genutzt. Viele Menschen kommen mit dem Fahrrad an den Bahnhof, um dort dann in die Stadtbahnen zu steigen.

Daher sind die Stellplätze für Fahrräder immer mehr als belegt. Leider findet man nicht immer

sein Fahrrad bei der Rückkehr nach Grötzingen wieder.

Eine abschließbare Fahrradgarage, wie sie in größerer Form am Hauptbahnhof in Karlsruhe existiert, würde da Abhilfe schaffen.

Deswegen beantragen wir:

- Es wird geprüft, ob auf dem Gelände des Bahnhofs Grötzingen oder in dessen unmittelbarer Nähe, die Errichtung einer abschließbaren Fahrradgarage möglich ist.
- Die Kosten für die Errichtung einer solchen Fahrradgarage werden ermittelt.

### **Stellungnahme der Ortsverwaltung:**

Die Errichtung einer abschließbaren Fahrradgarage wie am Hauptbahnhof Karlsruhe, ist am Bahnhof Grötzingen nicht möglich.

Im Zuge der Umgestaltung der Ortsmitte Grötzingen kann die Realisierung dieses Punktes geprüft werden.

Die Errichtung einer abschließbaren Fahrradgarage, wie es sie am Hauptbahnhof Karlsruhe in einer ehemaligen Tiefgarage gibt, ist in Grötzingen auf Grund fehlender Gebäude und Räumlichkeiten derzeit nicht möglich. Im Zuge der Umgestaltung der Ortsmitte Grötzingen kann die Realisierung dieses Punktes in baulicher und wirtschaftlicher Hinsicht geprüft werden. Die zugehörigen Kosten müssen ermittelt und die benötigten Finanzmittel im Haushalt angemeldet werden.

Am Durlacher Bahnhof wurde von der Stadt Karlsruhe Ende 2018 eine Bikeandridebox zum Abstellen von 12 Fahrrädern als Pilotprojekt errichtet. Die Box kann tages- oder wochenweise im Internet gemietet werden und ist auch mit Stromanschlüssen für E-Bikes ausgerüstet. Es sollen weitere solcher Anlagen im Stadtgebiet aufgestellt werden. Die Rahmenausschreibung wird derzeit bei der Stadt erstellt. Bisher liegen für den Betrieb dieser Anlagen noch keine Erfahrungen vor. Der Platzbedarf beträgt ca. 14 x 3 m. Für den Betrieb ist ein Strom- und Datenanschluss erforderlich. Die Errichtungskosten liegen bei ca. 50.000,- €.

Am Bahnhof Grötzingen steht derzeit jedoch kein geeignetes städtisches Gelände mit der erforderlichen Infrastruktur zur Umsetzung zur Verfügung. Die benötigten Finanzmittel müssen im Haushalt angemeldet werden.



Bikeandridebox Bahnhof Durlach

### **Behandlung im Ortschaftsrat:**

OSR Dr. Vorberg erläutert den Antrag und sagt, eine Anlage wie am Hauptbahnhof wäre schön, da auf zwei Stockwerken in einem Käfig viele Fahrräder untergebracht werden könnten. Die Angelegenheit in den Ausschuss zu verweisen, fände sie gut. Ob eine Fahrradstromtankstelle notwendig wäre, hält sie für fraglich. Sie wäre froh, wenn das Fahrrad gut abzuschließen und unversehrt wiederzufinden wäre.

OVS EBrich hofft auf eine Veränderung im Rahmen der Ortsmitte. Eine E-Tankstelle könnte ihres Erachtens erst im nächsten Doppelhaushalt finanziert werden.

OSR Siegrist begrüßt und unterstützt den Antrag. Er hält kleinere, abschließbare Boxen für ausreichend. Er sehe Möglichkeiten bei Gebäudeveränderungen am Bahnhof im Rahmen des Sanierungsgebietes.

OSR Ritzel signalisiert ebenfalls Zustimmung zum Antrag. Hinsichtlich des Platzes würde er zwei oder drei Autoparkplätze umwidmen. Er hält einen „Sozialkäfig“ für begrüßenswert.

### **Beschluss:**

Der Ortschaftsrat verweist den Antrag einstimmig in den Ausschuss.

### **Zu Punkt 485 der TO:      **Gefahrenquellen Schulhof (Antrag der CDU-Fraktion)****

Die CDU-Fraktion hat beantragt:

Der ergänzende Neubau der Schule hat für die Schule in Grötzingen und uns als Ortsteil eine sehr hohe Bedeutung. Wir freuen uns über den Baufortschritt und hoffen, dass die Fertigstellung termingerecht erfolgen kann. Laut der letzten Information über den Fortgang der Arbeiten ist der Schulhofbereich fertiggestellt. Bei einer Begehung fiel nun aber auf, dass nach unserer Einschätzung erhebliche Unfallgefahren durch scharfe Ecken und Kanten sowie Stolperstellen vorhanden sind.

Schulhöfen kommt im Schulalltag ein sehr hoher Stellenwert zu: er ist Bewegungsraum genauso wie Spielfläche, Gelegenheit zum Austoben nach langem Sitzen, aber auch Raum für Kommunikation und Miteinander.

In der Pause tummeln sich täglich hunderte Schüler und Schülerinnen auf dem Schulhof. Hierfür wird nicht nur Fläche, sondern auch Aufenthaltsraum gebraucht. Da sollte das Schulgelände mehr bieten als Asphalt und den ein oder anderen Baum. Herumrennen und Herumstehen sind auf langweiligen Flächen oft die einzig möglichen Pausenaktivitäten. Verbotenes wird interessant und Schubsen und Stören sind beliebte Beschäftigungen. Da ist es kein Wunder, dass in den Pausen ein erheblicher Teil der Schulunfälle passiert.

Um Unfälle zu vermeiden, sollte der Schulhof kindgerecht, bewegungsfreudig und kommunikationsfreudig gestaltet sein und damit zur Unfallverhütung beitragen. Scharfe Kanten, Ecken, spitze Gegenstände und Stolperfallen sind in der Gestaltung zu vermeiden.

Einige Beispiele für die Unfallgefahren haben wir in den Erläuterungen beigefügt.

Unsere Fragen dazu:

1. Inwieweit wurden die o.g. Grundsätze bei der Planung berücksichtigt?
2. Hat es bereits eine Begehung mit der zuständigen Unfallkasse gegeben?
3. Ist beabsichtigt, den Schulhof noch mit weiteren „Einrichtungsgegenständen“ wie Bänken u.ä. attraktiver zu gestalten? Inwieweit wurden Schule und Schüler als Nutzer hier mit einbezogen?

Inwieweit wurden Gesichtspunkte der Barrierefreiheit auch im gesamten inklusiven Sinne bei der Gestaltung des Schulhofes berücksichtigt? (DIN 18040, Norm Barrierefreies Bauen)

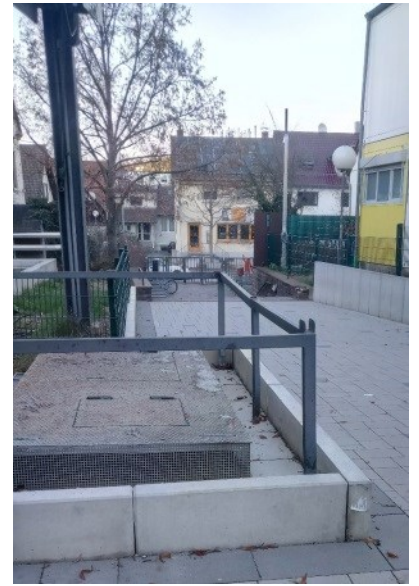
Wir beantragen:

- Der gesamte Schulhof soll auf Verbesserungsmöglichkeiten zur Unfallvermeidung geprüft werden. Alle dort festgestellten Mängel sollen dann schnellstmöglich beseitigt werden. Der Ortschaftsrat ist zu unterrichten.
- Der Betonblock parallel zur Schwimmhalle soll mit einer Holz-Sitzaufgabe mit abgerundeten Kanten versehen werden, um den Sitzkomfort zu erhöhen und die Gefahren der scharfen Kanten und Ecken zu entschärfen.

- Bei den Stufen, insbesondere denen mit Boden-Verläufen, sollen geprüft werden, ob sie mit optischen Randgestaltungsfarben ergänzt werden müssen, um sie als Stolperfallen zu entschärfen, oder andere taktile Hilfen sinnvoll sind.

Anlagen: Fotobeispiele

1. Scharfe Kanten/ bei Sturz Verletzungsgefahr:



Bei einem Sturz auf einer dieser Kanten können schwere Kopfverletzungen entstehen.

2. Stolperfallen:



### 3. Stolperfallen durch Bodenverläufe ohne optische Kennzeichnung



#### **Stellungnahme der Ortsverwaltung:**

Das Dezernat 6 schreibt dazu:

*Wurden Grundsätze der Planung und die DIN-Norm für barrierefreies Bauen berücksichtigt?*  
Die Baunorm DIN 18040 ist für öffentliche Bauherren verpflichtend und wurde entsprechend berücksichtigt.

Scharfe Kanten und Ecken wurden bei neugebauten Bereichen weitestgehend vermieden. Mit zunehmender Fertigstellung werden Gefahrenstellen in Bestandsituationen noch nachbearbeitet und entsprechend entschärft.

*Hat eine Begehung mit der Unfallkasse stattgefunden?*

Derzeit sind die Freianlagen noch im Bauprozess. Gegen Ende der Fertigstellung wird eine Begehung zur sicherheitstechnischen Abnahme zusammen mit dem Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) erfolgen.

*Gibt es noch weitere Einrichtungsgegenstände im Schulhof und wurden Nutzer mit einbezogen?*

Der Planungsprozess wurde immer wieder transparent mit der Öffentlichkeit und den Nutzern diskutiert. Der Neue Schulhof spiegelt somit die Wünsche und Anregungen entsprechend wieder. Aber erst nach Rückbau der provisorischen Containerbauten können die Spielbereiche und der Schulgarten komplettiert und fertig gestellt werden. Eine zeitnahe Beteiligung ist zu diesem Zeitpunkt nochmals vorgesehen. Dann könnten die zu diesem Zeitpunkt nutzenden Schülergruppen von den Angeboten profitieren.

Die Gestaltung des Schulgartens obliegt alleine der Schule respektive der entsprechenden Fachgruppe. Hier wurde bereits von Seiten des Gartenbauamtes Unterstützung im Rahmen eines Schulhofbeteiligungsprojektes angeboten.

*Maßnahmen zur Unfallvermeidung*

Der Übergang Schulhof zur Fassade Schwimmbad wurde zur Untersuchung von Bauschäden an der Schwimmbadfassade frei gehalten. Der Übergang wird höhengleich durch Gitterroste geschlossen.

Mit zunehmender Fertigstellung werden Gefahrenstellen in Bestandsituationen kurzfristig nachbearbeitet.

Potentielle Gefahrenstellen werden im Zuge der Sicherheitsabnahme durch den GUV benannt und nach dessen Vorgabe entschärft.

Dies gilt auch für eine mögliche Kontrastierung der Stufen.

### **Behandlung im Ortschaftsrat:**

OSR Pepper bringt die Freude ihrer Fraktion zum Ausdruck, dass offensichtlich die Gefahrenquellen noch nachgearbeitet und entschärft werden. Allerdings hätte sie sich dazu eine etwas konkretere Aussage gewünscht.

Sie könne nur beschränkt bestätigen, dass der Planungsprozess transparent mit Öffentlichkeit und Nutzern stattgefunden hat. In der betreffenden Sitzung sei ausschließlich ein Übersichtsplan vorgelegt worden, der zu diesen Bereichen keine Details gezeigt habe. Wünsche und Anregungen aus der Schule seien ihrer Kenntnis nach nicht umfassend umgesetzt worden. Vom Schulgarten sei im Antrag keine Rede gewesen; dieser sei als eigenes Projekt zu betrachten. Hinsichtlich der Beteiligung der Schüler würde ihre Fraktion gerne wissen, welcher Zeitplan vorgesehen sei. Das Schulhofbeteiligungsprojekt des Gartenbauamtes habe mit dem Schulgarten nichts zu tun, zumal dort bereits ein Beteiligungsprojekt auf Kosten des Elternbeirates und Förderkreises durchgeführt und umgesetzt worden sei.

Zu den Maßnahmen der Unfallvermeidung führt OSR Pepper aus, dass die allgemeine Aussage, die Gefahrenquellen würden beseitigt, hoffen ließe. Allerdings hätte ihre Fraktion gerne zu den ihrem Antrag beigefügten konkreten Bildern eine Aussage gehabt. Was sei mit der Absperrung des alten Hebekrans für das Hallenbad. Das dort vorstehende Metallgitter mit offenen Kanten erscheine ihr doch als sehr gefährlich, wenn in diesem Bereich ein Kind stolpert. Da es sich dort um den sehr stark frequentierten einzigen Zugang zur Schule handelt, und hier viele Schüler gleichzeitig in verschiedene Richtungen seien, hält sie das für problematisch. Sie beanstandet, dass zu dem Antrag, die Sitzbank mit einer Holzaufgabe zu versehen, keine Aussage getroffen wurde.

Ein weiterer Punkt, so OSR Pepper weiter, sei auch das Thema Beleuchtung. Sie möchte wissen, wie das Beleuchtungskonzept aussieht, gerade wenn das Licht des Hallenbades aus sei. Die Beleuchtung sei für die Sicherheit zu dunklen Tagesrandzeiten von Bedeutung. Sie fragt, ob es – wie früher – im Schulhof eine Beleuchtung geben werde.

OVS Eßrich erläutert, dass die Baustelle auch für die Ortsverwaltung mit einem hohen Aufwand verbunden sei, was das Thema Sicherheit angehe. Das Gartenbauamt sei das planende Amt für den Schulhof. Sie geht davon aus, dass die Beteiligung noch stattfindet.

OSR Imscher bemerkt, eigentlich sei klar, dass in allen Bereichen mehr als genau hingeschaut werde, um die DIN 18040 „Barrierefreies Bauen“ einzuhalten. Was man als Laie als Gefahr ansehe, sei oft keine Gefahrenstelle. Man dürfe die Kinder auch nicht in Watte packen. Er hält es für übertrieben zu behaupten, dass der Schulhof mit vielen Gefahrenstellen übergeben werde. Er habe vollstes Vertrauen, dass die Vorschriften eingehalten werden.

Die Vorsitzende bestätigt, Grötzingen werde eine sehr gute Schule bekommen. Manche Arbeiten hätte man aber besser aufeinander abstimmen können.

OSR Hauswirth-Metzger beurteilt den Antrag zweigeteilt. Nach ihrer Bewertung seien zwei bis drei Gefahrenstellen vorhanden. Die anderen hält sie nicht für gefährlich. Gefährliche Kanten dürfen nach ihrem Dafürhalten auch zum jetzigen Zeitpunkt nicht sein.

Für OSR Schuhmacher sind verschiedene Mängel nicht durch die Baumaßnahme entstanden. Er spricht sich dafür aus, offensichtliche Mängel pragmatisch und kurzfristig zu beseitigen.

OSR Weingärtner bemerkt, sie sei der CDU-Fraktion für den Antrag dankbar. Sie wünsche sich eine Sitzgelegenheit auf dem Quader. Der Stein sei so viel zu kalt. Die Treppenanlage zur Turnhalle sei ihres Erachtens nicht gut erkennbar. Man müsse bedenken, dass Grötzingen auch Inklusionsschule ist.

Die Ortsvorsteherin erklärt, man befinde sich nach wie vor auf einer Baustelle; die Außenanlagen seien noch lange nicht fertiggestellt. Das Rohr beim Hallenbad werde sie ansprechen. Die anderen Punkte würden an Herrn Dürr, Gartenbauamt, weitergegeben.

**Zu Punkt 486 der TO:      **Verkehrssituation Neßlerstraße/Staigstraße**  
**(Antrag der CDU-Fraktion)****

Die CDU-Fraktion schreibt:

Insbesondere zu Verkehrsstoßzeiten wie im Feierabendverkehr, aber auch wegen häufiger Umfahrung der üblichen Verkehrsstaus vor dem Grötzingen Tunnel Richtung Berghausen nutzen viele auswärtige Verkehrsteilnehmer aus dem Pfinztal die Neßler- und Staigstrasse als „Abkürzung“. Die Straße ist ab der Kurve Richtung Turmberg mit dem Verkehrszeichen „beschränkte Durchfahrt“ mit dem Zusatz „Anlieger frei“ gekennzeichnet und ist ab der Neßlerstr. 27 als 30er Zone deklariert. Leider halten sich nur sehr wenige Verkehrsteilnehmer an diese Beschränkungen. Die Situation ist insbesondere für Kinder, die in dem Gebiet wohnen, sehr gefährlich. Die Schulwegsicherheit ist dort nicht ausreichend gegeben. Die akute Gefährdung durch Überschreitung der erlaubten Geschwindigkeit wird aktuell in Kauf genommen.

Deshalb beantragen wir eine Stellungnahme zur Überprüfung dieser Situation und die Beantwortung dieser Fragen:

1. Warum beginnt die 30er-Zone nicht bereits an der Kurve auf der Höhe der Augustenberg LTZ? Das hätte den Vorteil, dass die bergab fahrenden PKWs bereits dort sich auf die reduzierte Geschwindigkeit einstellen müssten.
2. Wie wird die Beschränkung der Durchfahrt (Anlieger frei) kontrolliert?
3. Warum sind hier bauliche Maßnahmen z.B. zur Fahrbahnverengung oder Schwellen nicht zulässig?
4. Da die Geschwindigkeitskontrollen nicht nur eine Aufgabe der Polizei sind, sondern auch der Kommune, wollen wir wissen, ob es wie in anderen Kommunen in Karlsruhe Unternehmen gibt, die damit beauftragt werden.

Außerdem beantragen wir eine

- **zeitlich befristete Verkehrsmessung mit Geschwindigkeitskontrollen** mit einem mobilen Blitzer durchzuführen. Wird dabei eine besonders hohe Anzahl an Geschwindigkeitsübertretungen festgestellt, kann die Polizei entscheiden, **einen stationären Blitzer** in dieser Straße aufzustellen.
- Ersatzweise beantragen wir die Aufstellung einer Geschwindigkeitsanzeige wie in der Augustenburgstraße.

**Stellungnahme der Ortsverwaltung:**

Die Verkehrssituation Neßlerstraße/Staigstraße wurde durch das Ordnungs- und Bürgeramt überprüft und die beantragte Verkehrserhebung durchgeführt.

Es werden mobile Geschwindigkeitsmessungen fortgeführt. Für weitere Maßnahmen besteht kein Handlungsbedarf.

Ordnungs- und Bürgeramt hat die Situation überprüft und nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- 1. Warum beginnt die 30er-Zone nicht bereits an der Kurve auf der Höhe der Augustenberg LTZ? Das hätte den Vorteil, dass die bergab fahrenden PKWs bereits dort sich auf die reduzierte Geschwindigkeit einstellen müssten.**

Tempo-30-Zonen dienen vorrangig dem Schutz der Wohnbevölkerung. Der Beginn einer Zone ist daher erst in Höhe der Wohnbebauung zulässig. Eine Vorverlegung der Tempo-30-Beschilderung an die Einmündung Reichardtstraße ist gemäß den Bestimmungen der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung nicht möglich.

## **2. Wie wird die Beschränkung der Durchfahrt (Anlieger frei) kontrolliert?**

Für die Überwachung des fließenden Verkehrs, insbesondere hinsichtlich des Durchfahrverbotes für Kraftfahrzeuge, ist das Polizeipräsidium Karlsruhe zuständig. Da der Anliegerverkehr freigegeben ist, müssten Anhaltekontrollen durchgeführt werden. Dazu sind die Mitarbeitenden der kommunalen Verkehrsüberwachung rechtlich nicht befugt.

## **3. Warum sind hier bauliche Maßnahmen zum Beispiel zur Fahrbahnverengung oder Schwellen nicht zulässig?**

Bremsschwellen sind als Hindernisse auf der Fahrbahn anzusehen, bedeuten eine Zunahme der Verkehrsgefährdung und sind daher unzulässig. Fahrbahnverengungen sind in begründeten Einzelfällen möglich, wenn deutliche Auffälligkeiten eines erhöhten Geschwindigkeitsniveaus vorliegen. Die Auswertung der Verkehrserhebungen in der Staigstraße ergab keine derartigen Auffälligkeiten.

## **4. Da die Geschwindigkeitskontrollen nicht nur eine Aufgabe der Polizei sind, sondern auch der Kommune, wollen wir wissen, ob es wie in anderen Kommunen in Karlsruhe Unternehmen gibt, die damit beauftragt werden.**

In Karlsruhe erfolgen die stationären und mobilen Geschwindigkeitskontrollen eigenständig durch die Kommune. Es werden keine privaten Unternehmen beauftragt.

Die Staigstraße ist im Messplan der Verkehrsüberwachung enthalten. Es werden dort regelmäßig Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Im Jahr 2018 fanden dort insgesamt 14 Kontrollen an unterschiedlichen Tagen und Uhrzeiten statt.

Die beantragte Verkehrserhebung wurde durchgeführt.

In der Woche von Freitag, 4. Januar 2019, 11:40 Uhr bis Freitag, 11. Januar 2019, 7:46 Uhr war in der Staigstraße in Höhe des Anwesens Nummer 35 ein Verkehrszähler installiert. Die Auswertung ergab, dass in Fahrtrichtung Neßlerstraße 3884 Fahrzeuge mit einer V 85 von 36 km/h und in Fahrtrichtung Augustenburgstraße 4742 Fahrzeuge mit einer V 85 von 33 km/h gefahren sind.

Der V 85-Wert ist eine Kontrollgröße, die besagt, dass 85 Prozent der Kraftfahrenden mit maximal dieser oder einer geringeren Geschwindigkeit fahren. Das Ergebnis für die Staigstraße ist damit als unauffällig in Bezug auf die Geschwindigkeitsüberschreitungen zu bewerten.

Die Voraussetzungen für eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage oder ersatzweise einer Geschwindigkeitsanzeigetafel liegen in diesem Fall nicht vor. Dem diesbezüglichen Antrag kann daher nicht entsprochen werden. Die mobilen Geschwindigkeitskontrollen werden weiterhin erfolgen

## **Behandlung im Ortschaftsrat:**

OSR Sand erläutert den Antrag und sagt, der Schleichverkehr durch Nichtanwohner sollte überprüft werden. Er dankt der Verwaltung für die Verkehrserhebung. Für ihn ist nicht einschichtig, dass bestehende Verbote nicht durch das Polizeipräsidium kontrolliert werden. Dies wäre seiner Meinung nach wichtig, um eine Entlastung in der Staigstraße und Karl-Martin-Graff-Straße zu erreichen. Ein Smiley würde besser wahrgenommen werden als eine Verkehrskontrolle.

OVS EBrich sagt, mobile Geschwindigkeitsmessungen könnten geordert werden; für eine stationäre Geschwindigkeitsmessanlage reichten die Zahlen nicht aus.

OSR Tamm hält das Ordnungsamt für sehr autofreundlich. Es sei auch am Wochenende mit-



gemessen worden. Er sehe dringenden Handlungsbedarf für Kontrollen zu bestimmten Zeiten. Ein 30-er Schild wäre gut am Ortsschild zu befestigen. Eine Geschwindigkeitsmessanlage hält er an der Stelle für sehr wichtig, weil bergab und dadurch schneller gefahren werde.

Die Vorsitzende bietet an, nachzufragen, um die genaueren PKW-Zahlen, zum Beispiel das Hauptverkehrsaufkommen, zu erhalten.

Die SPD-Fraktion, so OSR Siegrist, sei mit der Antwort nicht ganz einverstanden. Auch jetzt ärgere er sich, dass es mit der Pfortnerampel am Tunnelportal Ost so lange geht. Nun liege es am Strom. Die Knielinger hätten massiv geschrien und es sei etwas passiert. Die Grötzingen seien zu brav. Man müsse vorsichtig sein, dass man im Ort nicht aufeinander losgehe. Pfinztal habe seinen Unmut durch ein Schreiben an das Verkehrsministerium zum Ausdruck gebracht und Herr Hermann sei gekommen.

Die Ortsvorsteherin sagt, Pfinztal hätte sich vor Jahren schon um eine bessere Lösung bemühen sollen.

Für OSR Schuhmacher werde der Verkehrskollaps im Sommer wegen der Sperrung der Autobahn A 8 kommen. Schon jetzt habe Grötzingen erhebliche Probleme durch die Sperrung in Weingarten. Mittels einer Aktion werde man die Last nicht wegnehmen können. Deshalb habe seine Fraktion einen Antrag vorbereitet, um vor Beginn der Baumaßnahme einen Runden Tisch mit dem Ordnungsamt und dem Regierungspräsidium zu erreichen.

OVS Eßrich äußert, den Verkehrskollaps verursachten wir teilweise auch selbst. Manches müsse man auch hinnehmen. Die Stadt Karlsruhe sei auch Vorreiter hinsichtlich Baustellenmanagement und Absprachen mit den Umlandgemeinden.

OSR Ritzel bestätigt, dass in der Staigstraße tatsächlich häufig geblitzt werde. Eine Anliegerstraße könne die Polizei nicht überwachen. Er regt an, über eine raue Fläche, die aber kein Hindernis darstellt, nachzudenken. Man könne den Anwohnern der Karl-Martin-Graff-Straße nur raten, sehr vorschriftsmäßig zu parken.

## **Zu Punkt 487 der TO:      **Bauanträge****

### **Bauvoranfrage:      **Neubau von zwei Doppelhaushälften mit Garage** **Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage** **Vogelsang 2** **Flurstück 1350/1****

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 492 Am Schwalbenloch. Der Antragsteller möchte 2 Varianten überprüfen lassen.

Folgende Fragen bittet der Antragsteller durch den Antrag auf Vorbescheid zu klären:

1. Kann das Grundstück so, wie in dem anhängenden Lageplan dargestellt, aufgeteilt und mit zwei Doppelhäusern (Variante 1) oder einem Einfamilienwohnhaus (Variante 2) bebaut werden?
2. Kann die Baugrenze mit den neu zu errichtenden Gebäuden überschritten werden? Alle anderen Festsetzungen des Bebauungsplanes werden eingehalten.
3. Können die neuen Gebäude bzw. das neue Gebäude von der Kallmorgenstraße her erschlossen werden?
4. Können die neuen Gebäude bzw. das neue Gebäude über die Kallmorgenstraße entsorgt werden?

Beide Varianten übertreten die Baugrenzen in einem Maß, das einer Bebauung in dieser Art nicht zugestimmt werden kann. Hiermit erübrigen sich die weiteren Fragen in der Voranfrage.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ortschaftsrat stimmt dem Bauantrag nicht zu.



Lageplan Variante 1



Lageplan Variante 2

**Behandlung im Ortschaftsrat:**

OSR Imscher hält es für richtig zu kritisieren, dass der Außenbereich und das Grundstück vermischt werden. Problematisch sei, die Grenze zum Außenbereich so zu ziehen. Die Grenzen sollten nicht quer durch Grundstücksflächen gelegt werden.

**Beschluss:**

Der Ortschaftsrat lehnt die Bauvoranfrage mit 14 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung ab.

## **Zu Punkt 488 der TO:      **Mitteilungen und Anfragen****

a) Die Ortsvorsteherin gibt bekannt, dass vom Liegenschaftsamt alle Straßen in Grötzingen mit einer Steigung über 6% einheitlich rot markiert wurden. Die Steigungskarte kann im Stadtplan unter „<https://geoportal.karlsruhe.de/stadtplan/>“ aufrufen werden:  
Im roten Feld „Startseite“ bei „Themen“ (drei übereinanderliegenden Papierblätter) ist die Karte unter „Themenkarten - Steigungen (östlich der B 3)“ auszuwählen.

b) Laut Rückmeldung des Stadtplanungsamtes zur Erhaltungssatzung, so die Vorsitzende, wurden zwischenzeitlich verschiedene vorbereitende Arbeitsschritte für die Präzisierung und Erweiterung der Erhaltungssatzung "Ortskern Grötzingen" unternommen. Ein Umgriffsentwurf der dann aus zwei von einander unabhängigen Teilbereichen bestehenden Satzung wurde skizziert sowie die bestehenden denkmalgeschützten Gebäude aus der Kulturdenkmalliste des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg kartografiert.

Ziel ist es, basierend auf der Grundlage der Erhaltungssatzung für Daxlanden, die prägende städtebauliche Struktur der verschiedenen Bereiche zu erfassen und die im Umgriff befindlichen Gebäude einer städtebaulichen Bewertung zu unterziehen, die die unterschiedlichen Qualitäten würdigt und die städtebauliche Wertigkeit im Sinne der Erhaltungssatzung beschreibt. Dies setzt eine genaue Untersuchung jedes einzelnen Gebäudes vor Ort voraus. Mit ersten Ergebnissen ist im Mai zu rechnen. Sie möchte diese dann im Ausschuss vorberaten lassen.

c) OVS EBrich informiert, dass die Schulräume im Bauteil A nach den Faschingsferien sowie im Bauteil C (Neubau vor dem Heinrich-Dietrich-Bau) nach den Osterferien durch die Schule genutzt werden können. Im Anschluss an den Nutzungsbeginn der Neubauten wird die Mensa im Heinrich-Dietrich-Bau zu Klassenräumen zurück gebaut.

d) Auf dem Spielplatz Obere Setz, so die Sitzungsleiterin, würde ein Wasserspielangebot erhebliche Kosten verursachen. Außerdem wurde mit Zustimmung des Ortschaftsrates schon vor Jahren der Spielplatz Bruchwald-/Weingartener Straße als Ersatz für den Spielplatz Obere Setz mit Wasser versehen.

e) Die Ortsvorsteherin teilt mit, die Ausschreibung habe ergeben, dass künftig Nussbaum Medien das Mitteilungsblatt der Ortsverwaltung sein werde. Es werde voraussichtlich einen amtlichen Teil geben, dessen Abdruck die Ortsverwaltung freigeben müsse. Außerdem habe sie veranlasst, dass redaktionelle Leistungen von verschiedenen Redakteuren erbracht werden. Diese werden dann über die Ortschaftsratsitzungen und Veranstaltungen der Ortsverwaltung berichten.

f) OVS EBrich gibt bekannt, dass in der Büchelbergstraße vor der Ballettschule Raif zwei Kurzzeitparkplätze auf dem Gehweg von der Straßenverkehrsbehörde ausgewiesen wurden. Auf dem Parkplatz neben der Schulsporthalle in der Augustenburgstraße wurde ein Behindertenparkplatz eingerichtet.

g) Der Rad- und Fußweg parallel zur Bundesstraße 10 beim Grenzweg wird ab dem 15. April verbreitert werden.

h) Ab Mitte Mai, so die Vorsitzende weiter, wird die Brücke über den Pfinzentlastungskanal in der Alte Weingartener Straße für Sanierungsarbeiten vollständig gesperrt. Der Verkehr werde weiträumig umgeleitet. Eine spezielle Mitteilung dazu werde es noch geben.

- i) Die Sitzungsleiterin informiert, der Baubeginn für die Fischtreppe in der Pfinz werde voraussichtlich Anfang Juni sein. Auch dazu werde eine Pressemitteilung erfolgen.
- j) OVS EBrich berichtet, dass die Chroniktafeln in der Grezzostraße und am Bauamt aktualisiert und erneuert wurden.
- k) Die Tafeln des Historischen Rundgangs, so die Vorsitzende, werden in ehrenamtlicher Leistung zuerst in die französische Sprache und eventuell anschließend in die englische Sprache übersetzt.
- l) Auf Nachfrage bei der Leiterin des Polizeireviers Durlach, Frau Evers, zu den zwei Raubüberfällen in Grötzingen wurde der Ortsvorsteherin folgende Auskunft gegeben:
- Die Kriminalpolizei ermittelt mit offenen und verdeckten Maßnahmen. Da es sich um einlaufendes Verfahren handelt, können konkrete Informationen nicht gegeben werden, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.
  - Die Streifenpolizei wurde für Grötzingen verstärkt.
  - Leider gibt es noch keine Entwarnung. Die Bevölkerung sollte wachsam und vorsichtig sein.
  - Es ist davon auszugehen, dass die Täter örtlich ansässig sind. Aus diesem Grund wird die Bevölkerung um Mithilfe gebeten. Sollte jemand irgendwelche Gerüchte hören oder Gespräche aufsnappen, die Hinweise auf die Täter geben, soll die Polizei informiert werden.
- m) Herr Müller informiert, dass die Brandschutzmaßnahmen in der Begegnungsstätte abgeschlossen sind und die restlichen Maßnahmen in der Emil-Arheit-Halle in den Sommerferien erledigt werden sollen (zum Beispiel Kipptore zur Küche).
- n) Die Stadt prüfe derzeit, so die Vorsitzende, inwieweit sich der Elektrosmog des Rechenzentrums in der Ohmstraße auswirke.
- o) Die Ortsvorsteherin weist auf folgende Termine hin:
- Die Stadtteilbibliothek schließt wegen Umzug in die neuen Räumlichkeiten in der Augustenburgstraße vom 8. April bis zum 10. Mai 2019. Die Wiedereröffnung wird am Samstag, 11. Mai 2019 von 12 bis 15 Uhr mit einem kleinen Fest gefeiert. Hierzu wird die Bevölkerung noch gesondert eingeladen. Ab Montag, 13. Mai 2019 ist die Bibliothek dann regulär geöffnet.
  - Eine Informationsveranstaltung zur B 293 findet am 18. März um 19 Uhr in der Pfinztalhalle in Berghausen (Bildungszentrum) statt. Eine Ansicht der Pläne ist ab 17 Uhr möglich.
- p) OSR Jäger kommt auf die Ausgabe der Karte für den Walkingsparcours durch die Vorsitzende in der letzten Sitzung zurück. Seither habe sie im Bürgerbüro gerne noch welche haben wollen, aber der Mitarbeiterin sei darüber nichts bekannt gewesen.
- q) Zum Jugendforum gibt OSR Jäger folgendes Feedback: ihres Erachtens seien die Grötzingen Jugendlichen nicht repräsentativ vertreten gewesen. Dies sollte mit den Vereinen besser koordiniert werden. Der VfB, die Narrenzunft und die NaturFreunde hätten zum gleichen Zeitpunkt Veranstaltungen gehabt.

- r) OSR Jäger nimmt Bezug auf einen kürzlich in den BNN veröffentlichten Artikel, der eine Unterschriftenübergabe zum Schloss Augustenburg im Karlsruher Rathaus zum Inhalt hatte. Dort war auch ein Foto mit der Ortsvorsteherin abgedruckt. Sie möchte wissen, in welcher Funktion Frau Eßrich dabei gewesen sei. Die Vorsitzende legt dar, dass auch zwei Ortschaftsräte dabei gewesen seien und sie sich als Ortsvorsteherin präsentiert und das Votum sowie die kritischen Stimmen weitergegeben habe.
- s) OSR Ritzel schildert, dass in der Karl-Seckinger-Straße am Ende der Straße eine seines Erachtens gesunde Linde gefällt wurde. OVS Eßrich sagt, sie werde nachfragen.
- t) OSR Ritzel macht darauf aufmerksam, dass in der Fikentscherstraße und der Gustav-Hofmann-Straße ein Betontransporter eine Sand- und Flüssigbetonspur hinterlassen habe. In der steilen Gustav-Hofmann-Straße könne das zu gefährlichen Situationen führen. Er bittet darum, dass der Bauhof hier Abhilfe schaffen sollte.
- u) OSR Hauswirth-Metzger möchte wissen, wo man nachschauen könne, wenn Ersatzpflanzungen von Bäumen erfolgen müssen, wo dies geschehen sei. OVS Eßrich sagt, die Ortsverwaltung habe darüber keine Erkenntnisse. Wenn Ersatzpflanzungen erfolgen müssen, müsse der Eigentümer sich selbst darum kümmern. Auch die Stadt habe Flächen. Dies werde kontrolliert, aber es gibt ihres Erachtens kein Kataster. Die Ortsverwaltung werde bei der Stadt nachfragen.
- w) OSR Hauswirth-Metzger kommt auf die Kick-Off-Veranstaltung zum Klimaschutz zurück und fragt, ob es eine Möglichkeit zur Wiedererkennung, eine Art Logo, gebe. Sie interessiert, wie dazu das Procedere wäre und ob der Ortschaftsrat das selbst machen müsste oder das über die Ortsverwaltung laufen würde. Die Vorsitzende verweist auf das Logo „Grüne Stadt“. Sie werde sich bei der Stadt nach den Kriterien für die Verwendung erkundigen. OSR Hauswirth-Metzger stellt klar, dass nichts neu erfunden werden müsse; es gehe nur um den Wiedererkennungswert.

Vorsitzende

Ortschaftsrat

Protokollführer